

Links diskutiert

3 Neuer Kreisvorstand gewählt/
Ortsverband Potsdam-Süd gebildet

Potsdam Mitte/Ortsteile

6-8 Ortsverband Mitte gegründet/
Kleingärtnerproteste/Ländlicher Raum

Unser Land

10 Ein Jahr rot-rote Regierung
in Brandenburg

Sascha Krämer hat den Stafettenstab übernommen

DIE LINKE.Potsdam hat auf Kreisparteitag einen neuen Vorstand gewählt

Das ist er – der neue Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.Potsdam, gewählt am Sonnabend, 27. November 2010. Eine insgesamt stark verjüngte, dynamische Mannschaft unter Führung des 33-jährigen Sascha Krämer. Er wurde mit 83% der Stimmen der rund 100 Delegierten aus allen Teilen der Stadt in sein neues Amt gewählt. Die weiteren Ergebnisse: Andrea Grunert (stell. Kreisvorsitzende) 90%; Thomas Schummel (stell. Kreisvorsitzende) 86%; Detlef Janson (Kreisgeschäftsführer) 97%; Alexander Frehse (Kreisschatzmeister) 94%. Als weitere Mistreiter erhielten Evelyn Dahme 99% (!); Günther Waschkuhn 76%; Moritz Kirchner 73% sowie Ronny Besancon 51%



der Stimmen. Auf der Agenda des neuen Kreisvorstandes stehen u. a. die Gedenkkultur in Potsdam, die Bürgerbeteiligung,

die Studentenproblematik sowie die Kultur des Zusammenlebens der Potsdamer Parteien. „Potsdam soll eine moderne, dyna-

mische Stadt mit all ihren Facetten werden“, erklärte Sascha Krämer.

(Mehr Seite 3)

Auf ein Wort...



Soziales Engagement – nicht nur zur Weihnachtszeit

Gerade ist der Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität 65 Jahre alt geworden. Der Ministerpräsident und andere offizielle Vertreter von Kommunen haben Grußworte überbracht und betont, dass ohne das Engagement der ehrenamtlich Tätigen in der VS das Leben für viele Menschen wesentlich ärmer wäre.

Der Name des Verbandes sei ein Versprechen, das eingelöst wurde und wird – so Ministerpräsident Platzeck. Damit am 24. Dezember möglichst wenige Menschen, besonders Ältere, sozial Bedürftige oder Obdachlose allein gelassen bleiben, finden wie in jedem Jahr wieder Weihnachtsfeiern in unserer Begegnungsstätte Am Kiewitz und im sozialen Zentrum – unserer Suppenküche – statt. Dabei geht es nicht nur um das warme Essen, die Kaffeetafel oder das Abendbrot sondern vor allem um das Verschenken von Zuwendung, Wärme und Geborgenheit in einer Atmosphäre, die nicht davon bestimmt wird, ob es sich rechnet. Kulturelle Programme und Ausgestaltung der Räume werden ehrenamtlich erbracht. Grundlage dieser sozialen Angebote

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Linke in Regierungen – der Blog zum Mitregieren

Zum ersten Jahrestag des Koalitionsvertrages zwischen der SPD und der LINKEN in Brandenburg startet ein neues, von der Rosa Luxemburg Stiftung unterstütztes Projekt. In einem Weblog soll eine inhaltliche Debatte über die Beteiligung Linker an Regierungen ermöglicht und befördert werden. Auf der Webseite heißt es dazu:



Mitregieren? Mitregieren! Sicher nicht im Wortsinn. Aber als Verständigungsprozess, als Mitsprachemöglichkeit, als Rechenschaftslegung, als gemeinsames Aufdecken von Defiziten und Potentialen, als gemeinsame Suche nach Wegen und Lösungen, ja, auch das, mit Kritik und Dampfblasen und, und, und... Was passiert bei einer Regierungsbeteiligung? Was und wer haben sich verändert? Wie kann, wie soll es weiter gehen?

Kern ist dabei eine Grundfrage jeder linken Regierungsbeteiligung: Handelt es sich bei der Regierungsbeteiligung der LINKEN um das Projekt einer politischen Elite oder ist es ein Anliegen breiter gesellschaftlicher Schichten?

Letzteres erfordert ein ganz anderes Niveau der gesellschaftlichen Debatte und Beteiligung als es bisher erreicht wurde. Dieser Blog will dazu einen Beitrag leisten. Dabei richtet er sich ausdrücklich nicht nur an Mitglieder der LINKEN, sondern an alle, die sich an LINKEN in Regierungen, an LINKEN in Verantwortung reiben. So oder so. Die hoffen oder fürchten, die agieren oder resignieren.

Betrieben wird der Blog von Dr. Andreas Trunschke, der nicht nur als ehemaliger Landtagsabgeordneter politische Erfahrungen mitbringt, sondern der heute vielfältig mit Internetprojekten aktiv ist.

Der Blog kann unter folgender Adresse gefunden werden: <http://linke-in-regierungen.de/>

Mit viel Perspektive: Arbeit für Brandenburg

Trotz der rückläufigen Arbeitslosigkeit ist es gerade für ältere Langzeitarbeitslose nach wie vor sehr schwierig, eine berufliche Perspektive zu finden. Das belegen auch die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik. Während die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Land Brandenburg in den vergangenen zwölf Monaten um zwölf Prozent zurückging, nahm die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der über 50-Jährigen nur um sechs Prozent ab. Landesweit gibt es knapp 50 000 ältere Arbeitslose, an denen die positiven Trends des ersten Arbeitsmarktes vorbei gehen. Deshalb haben SPD und LINKE in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, öffentlich geförderte Beschäftigung insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose zu schaffen.

Bislang wurden 745 Stellen im

der rot-roten Regierung aufgelegten Programm „Arbeit für Brandenburg“ beantragt. Ursprünglich sollten nach dem Willen der Regierung in diesem Jahr 1200 Langzeitarbeitslose über das Programm einen sozialversicherungspflichtigen Job erhalten. Die Beschäftigten erhalten einen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro, um ihnen ein Existenz sicherndes Einkommen zu gewähren. Gefördert wird das Beschäftigungsverhältnis zwei Jahre. Arbeitgeber können Kommunen – also Landkreise, Städte, Gemeinden und Ämter, aber auch Verbände, Vereine und Arbeitsfördergesellschaften sein.

Das Programm ist eines der zentralen Vorhaben von den LINKEN und der SPD. Die Koalition hatte im Herbst 2009 vereinbart, 40 Millionen Euro für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor bereitzustellen. Bis 2014 sollen 8000 Langzeitarbeitslose geförderte Jobs in Kommunen und bei Verbänden erhalten. Zum Start am 1. Juli hatte Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) die Zahl auf 6500 reduziert, denn das Programm hängt wesentlich von Förderzusagen des Bundes ab. (Mehr auf Seite 10)



(Fortsetzung von SEITE 1)

sind in jedem Jahr auch die Spenden, die unsere Mitglieder, Bürger der Stadt Potsdam, Sponsoren von Institutionen oder Einrichtungen sowie unsere Fraktion DIE LINKE zur Verfügung stellen. Ich möchte Sie ermuntern, an dieser guten Tradition festzuhalten. Das Miteinander und Füreinander ist gerade in einer Zeit, wo immer mehr Menschen von Armut bedroht sind und von immer geringeren Renten mehr abgezogen wird, unverzichtbar.

*Gabriele Herzel
Mitglied im Sozialausschuss und
Vorsitzende des
RV Mittelmark der VS*

Entschlossene Proteste werden den Atomkurs der Regierung stoppen

Trotz des bisher größten Polizeieinsatzes konnten Atomkraftgegner den Transport der Castorbehälter nach Gorleben am Wochenende (Anfang November, d. Red.) länger verzögern als je zuvor. Die Breite und Entschlossenheit der Proteste ist für Katharina Dahme, Bundessprecherin der Linksjugend [‘solid], direkte Folge der offenkundigen Ignoranz des Mehrheitswillens durch die Bundesregierung: „Die Bevölkerung in Niedersachsen ebenso wie im Rest der Bundesrepublik lehnt die weitere Nutzung von Atomkraft mehrheitlich ab. Je dreister die Regierung den Ausstiegswillen der Bevölkerung ignoriert, desto größer und entschlossener werden die Proteste werden. Schon in diesem Jahr haben sich über zehntausend Menschen an Aktionen des zivilen Ungehorsams von Sitzblockaden bis

zum Schottern des Gleisbetts beteiligt.“

Auch die Polizeigewerkschaft hat kritisiert, dass man die Interessen der großen Energiekonzerne in der Atompolitik nicht mit Polizeigewalt durchsetzen könne. „Je länger die Bundesregierung sich dieser Einsicht verweigert, desto öfter werden wir Bilder wie vom letzten Wochenende sehen. Tausende Menschen haben sich beim Demonstrieren, Blockieren oder Schottern auch von Knüppeln, Polizeipferden, Pfefferspray und Tränengasgranaten nicht davon abhalten lassen, ein unmissverständliches Nein gegen diese Atompolitik auszusprechen. Wir halten diesen Protest nicht nur für legitim, sondern auch für sehr notwendig“, so Dahme weiter.

Zur Debatte um die Aufteilung der Kosten des Wochenendes er-

gänzt sie: „Über Steuermittel sollen die Folgekosten verantwortungsloser Atompolitik ein Mal mehr von der Bevölkerung getragen werden, während die Atomindustrie sich eine goldene Nase verdient und nicht müde wird zu betonen, wie billig ihre Kernkraft sei. Das ist ungerecht! Nicht die öffentliche Hand, sondern die Nutznießer und Verursacher des Mülls müssen für die gesellschaftlichen Begleitkosten seines Transports gefälligst angemessen aufkommen. Die Atomkonzerne sollen zahlen!“

Im selben Zusammenhang hatte CSU-Politiker Herrmann zuletzt vorgeschlagen, dass die „illegalen, gewalttätigen Demonstranten“ die Kosten tragen sollen. Katharina Dahme hierzu: „Herrmann verübt einen unverhohlenen Angriff auf die Demonstrationsfreiheit, wenn er von illegalen Demonstranten

spricht. Weil ihm die Castor-Proteste nicht gefallen, will er sie am liebsten unterbinden und kriminalisiert sie pauschal. Die Erfahrung mit Rot-Grün zeigt, dass ein Ausstieg nur durch eine starke Antiatombewegung erkämpft werden kann. Unser Ziel ist der sofortige und unumkehrbare Atomausstieg. Eine Rückkehr zum sogenannten ‚Atomkonsens‘ von Rot-Grün, der den jahrzehntelangen Weiterbetrieb der AKWs garantierte, ist keine Lösung.“

So werde sich die Linksjugend [‘solid] auch an zukünftigen Protesten gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten und deren Auswirkungen beteiligen und bereitet sich ab sofort auf den nächsten Castortransport vor: „Das Recht auf Widerstand gegen die schwarz-gelbe Lobbypolitik lassen wir uns nicht nehmen.“

Wir wünschen allen LeserInnen und Freunden frohe Festtage und ein gutes neues Jahr!

**Der Kreisvorstand
DIE LINKE.Potsdam/
Die Redaktion**

Der Programmkonvent – DIE LINKE stellt die Fragen nach Eigentum, Verteilung, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden

Der Programmkonvent in Hannover ging vor wenigen Tagen über die Bühne – und die von vielen erwarteten oder zumindest herbeigedeten tiefen Gräben in der Programmdebatte haben weder die Reden von Klaus Ernst und Gesine Lötzsch noch die Redebeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nennenswert beeinflusst.

Die Vorsitzende Gesine Lötzsch verdeutlichte in ihrer Rede bereits zu Beginn des Konvents ihren „Eindruck, dass wir eine große Übereinstimmung in vielen Fragen haben und dass wir uns zu den restlichen 5 bis 10 % so verständigen werden, dass wir im nächsten Jahr mit großer, großer Mehrheit dieses Programm beschließen können.“ Anstatt sich also gegenseitig an-

zugehen, diskutierten die über 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwar kontrovers, jedoch auch sehr konstruktiv und mit oftmals sehr interessanten Ideen den bisherigen Programmtext.

Als Aufschlag und Stichwortgeber vor der Mittagspause veranstaltete man eine Podiumsdiskussion, unter anderem mit Katja Kipping und Sahra Wagenknecht, die noch einmal grundlegende Positionierungen zum Programmtext herstellte. Die tiefergehende Diskussion mit einzelnen Teilen des Programms fand dann in speziellen Foren statt. Diese nahmen sich jeweils einen Abschnitt bzw. eine Fragestellung des Programmtextes vor.

So wurde in einem Forum über linke Vorstellungen zur Eigentums-

und Wirtschaftsordnung geredet, während in anderen Foren beispielsweise die notwendige Demokratisierung der Gesellschaft erörtert oder das Leben und Arbeiten im 21. Jahrhundert debattiert wurde. Dabei wurden einzelne Thesen in Form von Impulsreferaten vorgestellt, woraufhin sich dann intensiv über Für und Wider der verschiedensten Gesellschaftsvorstellungen ausgetauscht werden konnte. In allen Forendiskussionen wie auch im großen Saal herrschte eine aufmerksame und interessierte Atmosphäre.

Das wichtigste inhaltliche Ergebnis des Programmkonvents ist wahrscheinlich, dass einerseits die Eigentumsfrage den Kernpunkt LINKER Politik darstellt. Andererseits

sollte mit den Worten Klaus Ernsts nicht nur die Verteilungs- und Gerechtigkeitsdiskussion, sondern gleichzeitig auch die Friedens- und Demokratiefrage im Mittelpunkt unserer Programmdebatte stehen. Diesen Fragen müssten wir uns als LINKE stellen. Und mit einem weiteren Zitat aus der Rede Ernsts kann man hier auch abschließen: „Unsere Programmdebatte soll kontrovers geführt werden. Inhaltliche Debatten haben Linken noch nie geschadet, wenn klar war, dass wir miteinander um die besten Lösungen für die Menschen streiten.“

Insofern bleibt nur noch, allen Beteiligten weiterhin eine so anregende und vor allem inhaltlich geführte Programmdebatte zu wünschen!
Daniel Förster

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12,000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Rettungseinsatz für die gesetzliche Krankenversicherung

Am Freitag, den 12. November 2010 stimmte der Deutsche Bundestag über eine der skandalösesten Umverteilungsvorhaben von unten nach oben ab, dem „Gesetzlichen Krankenversicherungsfinanzierungsgesetz (GKV-Fin. Ges.)“ seit Beginn der 17. Wahlperiode. DIE LINKE in Potsdam hat an diesem Tag gegen die Pläne von Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) protestiert.

„Dieses unsägliche Gesetz wird der Einstieg in den Ausstieg aus dem über einhundertjährigen Prinzip der solidarisch finanzierten

Krankenversicherung. Die Versicherten sollen allein die Kosten für eine seit Jahren verkorkte Gesundheitspolitik in der BRD tragen“, sagt Ronny Besançon, früherer Mitarbeiter des LINKEN-Gesundheitsexperten Frank Spieth. „Statt die Einzahlungsbasis der Krankenversicherung durch die Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle Bürger einzahlen, will Rösler die Versicherten mit einer ‘Kleinen Kopfpauschale’ in Form von erhöhten Zusatzbeiträgen schröpfen. Dabei

wird der Beitrag der Arbeitgeber bei 7,3 Prozent eingefroren. Das ist das reale Ende der solidarischen Krankenversicherung! Noch skandalöser an diesem Gesetz ist jedoch die Vereinfachung des Wechsels in private Krankenversicherungen. Damit wird die Gesetzliche Krankenversicherung den Privaten auf dem Markt gleichgesetzt. Das ist die Amerikanisierung des deutschen Gesundheitssystems. FDP-Klientelpolitik in Reinform!“

Dagegen ging DIE LINKE in Potsdam am 12. November auf die

Straße. In einem symbolischen Umzug durch die Innenstadt wurde die Gesetzliche Krankenversicherung ins Krankenhaus gebracht. Der Umzug war kreativ und laut. Dabei wurden die Bürgerinnen und Bürger Potsdam am Rande des Umzugs in Wort und Schrift über die Konsequenzen des Gesetzes und die Alternativen der LINKEN informiert.

Die Aktion bettete sich in eine bundesweite Kampagne der Partei zur Spar- und Umverteilungspolitik der Bundesregierung.

Sozial gerechter mit Bündnispartnern

Kreisverband DIE LINKE.Potsdam hat neuen Vorstand gewählt

Ein Aufbruchsignal ging vom Parteitag des Kreisverbands DIE LINKE.Potsdam am 27. November aus – obwohl er doch vor allem der Neuwahl des Kreisvorstands und verschiedener Arbeitsgremien galt. So verkörpert der Mittdreißiger Sascha Krämer nicht nur personell einen Generationswechsel, der seit Jahren schrittweise in Kreisvorstand und Fraktion vorangetrieben wird. Vielmehr steht er auch für eine Verbindung von der Vision eines sozial gerechten Zusammenlebens in „einem Potsdam für alle“ mit einer pragmatischen Orientierung auf kommunale

Bündnisse. Mehrere Diskussionsredner schlugen den Bogen von ihrer Sicht auf die politische Ausstrahlung der Partei DIE LINKE in Potsdam zu den Vorstellungen für die künftige Arbeit. So unterstrich der Landesvorsitzende Nord die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Wandels, während der scheidende Kreisvorsitzende das Engagement für menschenwürdige Löhne auch von Rot-Rot im Land hervorhob. Die Delegierten konstatierten eine deutliche Verbesserung der Kommunikation im Kreisverband, schrieben sich aber auch ein noch stärker spür-



Anita Tack gratulierte Sascha Krämer.

bares Engagement „auf der Straße“ und gegenüber potenziellen Bündnispartnern auf die Fahnen. Führen soll diesen Prozess ein neuer Vorstand aus zwei

Frauen und sieben Männern, der eine gesunde Mischung bewährter und neuer Mitglieder repräsentiert.

- ed



Ein gutes Dreier-Gespann.

Es ist höchste Zeit, etwas Neues zu versuchen!

Aufruf zum Handeln/Gründung des Ortsverbandes „Potsdam-Süd“ am 28. Oktober 2010

Unsere Partei DIE LINKE schaut nach wie vor kritisch auf die Geschichte einer ihrer Gründungsorganisationen zurück. Damals wollte die 'Partei' der gesellschaftlichen Entwicklung, zumindest in ihrer theoretischen Sichtweise, immer ein Stück voraus sein. Diesen Anspruch haben wir auch heute noch - das zeigt die breite Debatte um unser Parteiprogramm. Im Praktischen sind wir schon lange im Plan und den haben wir bereits übererfüllt: 75 % der Mitglieder im Ortsverband „Südliche Vorstädte / Potsdam-Süd“ sind 60 Jahre und älter, 18 % zwischen 40 und 60 Jahre alt und magere 7 % rechnen wir den jungen Avantgardisten zu.

Das ist kein Grund zur Freude. Auch das hat den Kreisverband alarmiert, derart, dass am 03. Juli 2010 die 3. Tagung des 2. Kreisparteitages der LINKEN in Potsdam einstimmig eine neue Kreisatzung beschloss. Danach gliedert sich der Kreisverband in Ortsverbände, die zusammen mit dem Kreisvorstand für die Mitgliederbetreuung, die Organisation und Koordination der vom Kreisverband beschlossenen politischen Aufgaben zuständig sind. Unter-

stützen sollen die Ortsverbände auch die Bildungsarbeit.

Schon bei den Vorbereitungen zur Gründung unseres Ortsverbandes „Südliche Vorstädte/ Potsdam-Süd“ zeigten sich die Folgen der beschriebenen demografischen Entwicklung. Die Mitwirkungsbereitschaft beschränkt sich auf wenige Aktive, die Zurückgezogenheit vieler liegt in altersbedingten und gesundheitlichen Beschränkungen - jedoch auf keinen Fall an fehlendem Interesse für eine inner- und außerparteiliche politische Auseinandersetzung. Die Organisation wird dadurch erschwert, dass die Informationskanäle veraltet sind. Die Nutzung des Internets und eine E-Mail-Benachrichtigung erleichtert den noch im Berufsalltag stehenden Mitgliedern eine schnelle Kommunikation und Vernetzung untereinander. Im Ortsverband können sich zurzeit jedoch nur 27 Genossinnen und Genossen (15 %) untereinander per E-Mail verständigen. Ansonsten drucken wir wichtige Informationen und laufen und fahren und werfen ein, wenn nicht gerade der Briefkasten sich hinter der verschlossenen Haustür be-

findet - viel zu viel kostbare Zeit geht verloren.

Wir werden mit unserem gegründeten Ortsverband „Potsdam-Süd“ einen Aufbruch starten und damit auch Hoffnungen verbinden.

Wir werden eine politisch nach außen und innen handlungsfähige Struktur aufbauen. Wir werden Ansprechpartner und Ideengeber zugleich sein. Dabei wollen wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf unsere politischen Gestaltungsansätze für die Gesamtstadt und vor Ort im südlichen Potsdam gewinnen, wenn erforderlich, zurückholen sowie ausbauen. Die Arbeit der Stadtfraktion wollen wir kritisch begleiten, indem wir mit ihr offensiv zusammenarbeiten und sie inhaltlich unterstützen, wo es uns möglich erscheint.

Wir schätzen die Basisorganisationen als kleinste, aber effektivste innerparteiliche Zellen des sozialen Zusammenhalts und setzen auf deren Mitarbeit im Ortsverband.

Wir wollen mit unserem Ortsverband auch die außerparlamentarischen Kontakte zu Organisationen, Vereinen und Initia-

tiven, aber auch zu den mit uns konkurrierenden Parteien vor Ort befördern.

Uns eint der Gedanke an eine solidarische Welt mit einer nachhaltigen Entwicklung. Dafür habt Ihr Älteren ein Leben lang gekämpft. Wir, die Jüngeren, wollen und müssen das fortführen, mit einer den heutigen Anforderungen gerecht werdenden Struktur - unserem ORTSVERBAND „POTSDAM-SÜD“.

Steffen Pfrogner

Aktivenkonferenz 2010: DIE LINKE in Bewegung

„Spannend, produktiv, unbedingt wiederholen“, das waren nur drei von vielen Beschreibungen für das, was auf der Aktivenkonferenz der LINKEN in Teltow am 19. und 20. November vor sich ging. Rund 100 aktive Genossinnen und Genossen diskutierten zwei Tage lang lebhaft und durchaus selbstkritisch über den aktuellen Zustand der Partei. Dabei verloren sie jedoch die Zukunft der LINKEN nicht aus dem festen Blick. Den Auftakt der Aktivenkonferenz bildeten zwei Impulsreferate. Sie nahmen aus unterschiedlichen Perspektiven die Partei ganz offen ins Visier. Innerparteiliche Kultur, das war vielleicht der Schlüsselbegriff dieser an Meinungen angenehm pluralistischen Aktivenkonferenz 2010. Was folgte waren am Samstag nicht weniger als acht Workshops. Themen waren „Nachwuchsarbeit“, „Innerparteiliche Kultur“, „Landeszeitung“, „Zusammenarbeit Landtagsfraktion und Landesverband“, „Frauen“, „Mitgliedergewinnung“, „Neue Medien“ und „Gesundheitspolitik“. Allen Workshops gemein war die intensive, niveaureiche und zukunftsorientierte Diskussion in einem angenehmen Kommunikations- und Arbeitsklima. Die Ergebnisse werden dokumentiert und interessieren Menschen schon bald zur Verfügung gestellt.



Der Ortsverbandsvorstand für „Potsdam-Süd“.

Die „...guten Truppen...“

Dezember 1740

Am 31. Mai 1740 verstarb der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. Er hinterließ seinem Nachfolger, Friedrich II., nicht nur solide Staatsfinanzen, sondern auch das beste Heer auf europäischem Boden. Hatte Friedrich II. in den ersten Tagen und Wochen seiner Regierung Europa mit sei-

nen Erklärungen – beispielsweise über die Pressefreiheit und die Abschaffung der Folter – begeistert, so lief dennoch die Vorbereitung auf den Krieg auf vollen Touren. Zwar geheim, doch ließ der König hin und wieder etwas durchblicken für den, der zuhören in der Lage war.

Am 09. Dezember 1740 empfängt Friedrich II. den kaiserlichen Feldmarschall Marchese Anton Otto Botta d'Adorno zu einer Audienz. In Wien nämlich verfolgte man die preußischen Truppenübungen und –bewegungen mit Sorge. Botta sollte dem Preußenkönig ein wenig auf den

Zahn fühlen. Doch der erklärt nur kurz: „Sie finden meine Truppen schön; bald sollen Sie zugeben, dass sie auch gut sind.“

Am 16. Dezember 1740 überschritten die preußischen Truppen die schlesische Grenze. Der Krieg begann.

-rt

Zitiert

Dezember 1935

„Ich gehöre seit dem Jahre 1913 zu denen, die den deutschen Geist für fast unwandelbar vergiftet halten, die nicht an eine Besserung glauben, die die verfassungsmäßige



Demokratie für eine Fassade und für eine Lüge halten, und die auch heute noch, entgegen aller Zusicherungen und optimistischen Anwendungen, einen hohlen Stahl-

helm für lange nicht so gefährlich halten wie einen seidigen Zylinder.“

(1927, Kurt Tucholsky – der Dichter beging am 21. Dezember 1935 Selbstmord)

Rettet die Kinder

Dezember 1945

Die erste Friedensweihnacht stand vor der Tür – doch mit Geschenken würde es rar aussehen. Auch für die Kinder. Die „Märkische Volkssolidarität“ (Vorläufer der „Volkssolidarität“) rief deshalb zur Aktion „Rettet die Kinder“ auf. Die Initiative fand breiten Widerhall. Parteien, Organisationen, Betriebe, Verwaltungen und weitere Institutionen und Einrichtungen sowie

Einzelpersönlichkeiten beteiligten sich.

Am 15. Dezember 1945 auch das Volkstheater Potsdam. Es gestaltete ein Konzert unter dem Thema „Klassiker der Musik und des Wortes“. Die Eintrittspreise lagen bei 2,- bis 6,- RM. Es traten u.a. auf: die Sopranistin Delta Karbach, die Sopranistin Edith Weiß, der Violinist Georg Greenberg und die Tänzerin Ellen

Cleves. Die Veranstaltung war trotz des hohen künstlerischen Niveaus wenig besucht. „Soll es ein Maßstab für „deutsche Kultur“ sein“, donnerte „Der Märker“ vom 20. Dezember 1945, „dass der Schwarze Markt besser besucht ist als künstlerische Veranstaltungen?“

Da schoss das Blatt wohl in Verkennung der Zeitumstände über das Ziel hinaus. Die Jagd

nach Lebensnotwendigem bestimmte auch die Vorweihnachtszeit 1945. Wie hatte Brecht es in seiner Dreigoschenoper bereits formuliert? „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“.

Die Aktion „Rettet die Kinder“ wurde übrigens in der Provinz Brandenburg ein großer Erfolg.

Brigaden auf neuer Grundlage

Dezember 1950

Die Hennecke-Aktivisten-Bewegung hatte in den Produktionsbetrieben der sowjetisch besetzten Zone und auch in der jungen DDR gute Ergebnisse hervorgebracht. Doch sie war auf die deutliche Erhöhung der Produktionsleistung einzelner orientiert gewesen. Die zu erreichende neue Qualität sollte darin bestehen, das gesamte Produktionskollektiv, die Brigade, zu mo-

bilisieren. Um dem Ziel näher zu kommen, wurde auch die Theaterkunst eingesetzt.

Am 07. Dezember 1950 nimmt deshalb der Landesvorstand Brandenburg der IG Metall im VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg das Laienspiel „Schnellfräsen“ ab. Das Spiel verfolgt das Ziel, „...einen ideologischen Durchbruch in der Frage der Erstellung von Brigaden auf

neuer Grundlage zu erreichen, neue Arbeitsmethoden anzuwenden und uns die Erfahrungen der sozialistischen Sowjet-Union zu eigen zu machen“. Das Stück erreichte ein doch recht breites Publikum, denn es gab Aufführungen im VEB LEW Hennigsdorf, im VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg, im VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“ Wildau sowie im VEB Kran-

bau Eberswalde. Wie viele „Brigaden auf neuer Grundlage“ ihre Bildung diesem Laienspiel verdanken, ist nicht bekannt. Doch eine Vorstufe des späteren Kampfes um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ waren diese Bemühungen allemal.

Frieden in der Welt

Der Potsdamer Autor Kurt Pierson (1898 – 1989) schrieb am 24. Dezember 1960 in der „Märkischen Volksstimme“

Vorweihnacht 1960

Dezember 1960

In den Straßen Leben, Treiben.
Weißer Flockenwirbeltanz.
Hinter hellen Fensterscheiben
strahlt der erste Lichterglanz.

Welch Gedränge an den Steigen.
An der Ecke blinkt es rot.
Und umrahmt von Tannenzweigen
lockt das Warenangebot.

Vor den Toren Lastkraftwagen.
Männer laden Kisten ab
und ein Stimmchen hör' ich sagen:
„Sieh mal, Onkel, was ich hab'.“

Letzte Stunde und kein Ende.
In den Läden welch Gewühl!
Mancher wünscht sich tausend
Hände.
Weihnachtliches Hochgefühl!

Feierabend! Glocken klingen
weithin über Flur und Feld,
künden von der Menschen Ringen
um den Frieden in der Welt.

Verkauft – und was nun?!?

Nachdem sich der Verkauf eines Großteils des Geländes des ehemaligen Espengrundgymnasiums an das Erzbistum Berlin ebenso verzögerte wie der Beginn der Sanierungsarbeiten an der in kommunalem Eigentum verbleibenden Grundschule am Griebnitzsee, war der Presse zu entnehmen, dass der Kaufvertrag nun unterschrieben wurde. Oberbürgermeister Jakobs ließ sich am 30.09.10 die Baupläne aus Sicht der neuen Eigentümer erläutern.

Am 01.10.10 lud die Grundschule am Griebnitzsee interessierte Kinder, Eltern und Anwohner ein, das Baugeschehen aus nächster Nähe kennen zu lernen. Mit liebevoll inszenierten kulturellen Beiträgen und kulinarischen Genüssen erhielten Außenstehende einen Einblick, wie sich Schulleben bei laufender Sanierung im Haupthaus und in auf dem Hof aufgestellten Containern ertragen lässt. Viel Geduld und ein langer Atem sind allen Beteiligten von Herzen zu wünschen!

Am Abend stellten der für das Gesamtprojekt Marienschule und Grundschule am Griebnitzsee zuständige Architekt, Herr Nitschke, und der Leiter des städtischen Kommunalen Immobilienservice, Herr Richter, die Baumaßnahmen an beiden Schulen vor. Eigentlich waren zu diesem Termin Einladungen an alle zuständigen Ausschüsse (Bildungs-, Finanz- und Bauausschuss), an die jeweiligen Beigeordneten und an die damaligen Oberbürgermeisterkandidaten ergangen. Erschienen waren Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, und die Bildungspolitische Sprecherin dieser Fraktion, Hella Drohla, - wie übrigens öfter in kritischen Situationen an Potsdamer Schulen!

Es wurde harsche Kritik am Vorgehen des Leitenden Architekten und des KIS geübt. Neben der Kritik an den Verzögerungen des Baubeginns wegen der verspäteten Bereitstellung der Container konzentrierte sich der Unmut der Eltern auf den Turnhallenabriss und -neubau. Ursprünglich sollte die neue Turnhalle gebaut und danach die alte abgerissen werden. Nun soll ab 1. Juni 2011 mit dem Aushub und dem Bau der neuen Turnhalle auf dem Sportplatzgelände der Griebnitzseeschule begonnen und die alte bereits ab 1. November 2011 abgerissen werden. Nach diesem Zeitplan sind von November 2011 bis zur Fertigstellung der neuen Halle im Juli/August 2012 weder Turnhalle noch Außensportanlagen verfügbar, so dass kein regulärer Sportunterricht auf dem Schulgelände stattfinden kann.

Die Abgeordneten der LINKEN in der SVV griffen diesen untragbaren Zustand auf und stellten in der SVV am 6.10.10 einen Dringlichkeitsantrag, der die Verwaltung verpflichtet, erst dann mit dem Abriss der alten Turnhalle zu beginnen, wenn der Sportunterricht der Grundschüler durch gleichwertige Alternativen abgesichert ist. Dieser Dringlichkeitsantrag wurde im Ausschuss für Bildung und Sport am 19.10.10 einstimmig beschlossen.

Möglicherweise bieten sich noch andere Lösungsvarianten an, wenn es gelingt, das Erzbistum Berlin zu größerer Kompromissbereitschaft und mehr Transparenz in den Bauplanungen zu bewegen.

Für die Fraktion DIE LINKE sind mit diesem

mehrheitlich beschlossenen Verkauf und der Entwicklung einer konfessionellen Grundschule mit einer später auch weiterführenden Schule jedoch wieder Grundsatzzfragen der Bildungspolitik aufgebrochen. Gewiss – die Gründung konfessioneller Schulen ist laut Grundgesetz generell zu genehmigen, aber Bildung muss unserer Auffassung nach eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben. Und so ist vor allem das Land Brandenburg gefordert, die hohe Anzahl von Schulen in Freier Trägerschaft endlich zu begrenzen (93% der Personalkosten dieser Schulen trägt sowieso das Land!) und zusätzlich entstehende Probleme – wie dargestellt – zu vermeiden.

Hella Drohla

Sie haben es verdient

LINKE beantragte Ehrung Potsdamer Trümmerfrauen

Die Fraktion DIE LINKE hat im November den Antrag gestellt, im Zusammenhang mit der Wiedergewinnung der historischen Mitte eine geeignete Form der Würdigung der Arbeit der Trümmerfrauen zu prüfen. Dies könnte durch eine Gedenkstele geschehen. Vorstellbar wäre auch eine Plastik direkt

am Alten Markt. Nach der Zerstörung des historischen Stadtzentrums vor allem durch den Luftangriff am 14. April 1945 mussten nach Kriegsende die Trümmer beseitigt werden, um nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands den Wiederaufbau beginnen zu können.

Dabei haben auch in Potsdam die legendären Trümmerfrauen Beispielhaftes geleistet. Unter schweren Bedingungen, die heute kaum vorstellbar sind – Lebensmittelknappheit, Wohnungsnot, Schwarzmarkt und Perspektivlosigkeit – gingen die Frauen ans Werk, denn Männer standen kaum zur Verfügung. Häufig waren die Männer im Krieg gefallen, noch in Gefangenschaft oder vermisst. Junge und alte Frauen haben in Schutt und Ruinen gerade in der Innenstadt schwere körperliche Arbeit geleistet, Steine geklopft, geschleppt und in Loren aufgeladen, die dann in Richtung Neustädter Havelbucht transportiert und abgeladen wurden.

Wenn jetzt die Vorbereitungen für die Wiedergewinnung der historischen Mitte immer konkreter werden, sollte auch dieser Aspekt unserer Stadtgeschichte eine entsprechende Würdigung finden. Diese Frauengeneration, die im und nach dem 2. Weltkrieg so viel ertragen hatte und leisten musste, hat diese Aufmerksamkeit gewiss verdient.

Dr. Karin Schröter



Angekündigter Behindertenbericht liegt nicht vor!

Zur Pressemitteilung „Eine Stadt für alle – Behindertenbericht 2007 – 2009“, erklärt Jana Schulze, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam: „Seit Jahren verkauft die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam Berichte, die meist mit erheblicher Verspätung erstellt wurden, als Erfolge ihrer Arbeit. So auch am heutigen Tage. Der mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus den 90er Jahren jährlich zu erstellende Behindertenbericht kommt mit über einem Jahr Verspätung.“

Dass er gegeben werden wird, ist der Ta-

gesordnung für die Stadtverordnetenversammlung am 1. Dezember zu entnehmen. Der Bericht selbst wurde aber mit den Unterlagen nicht ausgereicht.

Zu begrüßen ist die dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe, welche den diesjährigen Bericht erstellt hat. Leider können wir noch keine Auskunft darüber geben, ob die heute in der Pressemitteilung angekündigten „vielfältigen Informationen und Daten“ tatsächlich eine ausreichende Grundlage für die Erstellung des Teilhabeplanes der Landeshauptstadt Potsdam bieten. Diese Diskussion und Bewertung bleibt einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Die Fraktion DIE LINKE wird sich nach seiner Ausreichung gründlich mit dem Bericht auseinandersetzen und seine Diskussion in allen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung einfordern.“

Da weiß die rechte Hand nicht, was die linke tut!

Die Fraktion erreichte ein Hilferuf von den Nutzern der Turnhalle im Luftschiffhafen. Die Halle befindet sich in einem sehr desolaten Zustand, gammelt seit 15 Jahren vor sich hin, und es gibt keinerlei Planungen für eine Sanierung bzw. einem Neubau.

Die Halle ist mit 1 350 Nutzern sehr stark frequentiert, einer der Hauptnutzer ist die Uni Potsdam.

Mit einem Dringlichkeitsantrag hat sich DIE LINKE den Forderungen einer Bürgerinitiative, die sich die Rettung der Halle auf die Fahnen geschrieben hat, angenommen. SPD und FDP trugen als Mitinhaber des Antrages das Anliegen mit, dachten wir zumindest:

Es soll eine Untersuchung veranlasst werden, ob die Turnhalle saniert werden kann oder neugebaut werden muss.

Bei der Verhandlung zum Antrag forderte der OBM DIE LINKE (!!!) auf zu sagen, woher die geschätzten 15 T Euro für die zu beauftragende Untersuchung kommen sollen. Wenn wir keine Deckungsquelle benennen könnten, sollte der Finanzausschuss erst mal dazu beraten.

Trotz Dringlichkeit wurde der Antrag auch mit den Stimmen von SPD und FDP in den Ausschuss überwiesen.

Einen Tag später wurde der Fraktion eine Kostenrechnung für den Um- bzw. Neubau für die Sanierung eben dieser Halle zugespielt, beauftragt von der Pro Potsdam, vorgelegt im August 2009 (!!!)

Offenbar war das dem OBM nicht bekannt und die Pro Potsdam will sich die für sie 2009 erstellte Kostenrechnung ein Jahr später von der Stadt mit 15 T Euro bezahlen lassen.

Da fällt mir nur ein: Es hätte ja klappen können, oder?!

Neue Ortsverbände – Kontakte

OV Nördliche Ortsteile

Vorsitzender:
Thomas Schummel
Tel.: 0174/4673166
E-Mail:
schummlnet@aim.com

OV Westliche Ortsteile

Vorsitzender: Harald Herzel
E-Mail: g.herzel@t-online.de

OV Potsdam West

Vorsitzender:
Bernhard Heimann
Tel.: 0331/974155
E-Mail:
dielinke-pwest@googlegroups.com

OV Potsdamer Mitte

Vorsitzender: Moritz Kirchner
Tel.: 0174/6651733
E-Mail:
kirchner@movit-web.de

OV Babelsberg

Vorsitzender:
Stephan Wörseck
Tel.: 0331/718590
E-Mail:
stephan.worseck@arcor.de

OV Potsdam-Süd

Vorsitzender: Steffen Pfrogner
Tel.: 0331/909830
E-Mail:
pfrogner-architekten@t-online.de

OV Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld

Vorsitzender: Klaus Mohrholz
Tel.: 0162/6559800
E-Mail:
dielinke@mohrholz.com

Junge Leute auf „schwierigem Pflaster“ in Mitte

Ortsverbandsgründungen abgeschlossen - Innenstadtgewinnung noch nicht

Am 06. November trafen sich 36 Genossinnen und Genossen zur Gründung des Ortsverbandes „Potsdamer Mitte“ in der Allee-straße 3. Damit hat sich auch der letzte Ortsverband gegründet, und die Partei verfügt jetzt über neue Strukturen, welche die Arbeit direkt vor Ort, direkt bei den Problemen und Interessen der Menschen verbessern werden. Die Potsdamer Mitte war der letzte Ortsverband, der gegründet wurde, da hier die Basisorganisation Neue Impulse, welche die Gründung maßgeblich vorbereitete, bis Anfang Oktober intensiven Oberbürgermeisterwahlkampf betrieb.

In seiner Eingangsrede wies Moritz Kirchner darauf hin, dass die Innenstadt, aber auch Bornim und Bornstedt ein schwieriges Pflaster für unsere Partei ist. Teilweise sind die Sozialdemokraten 20% vor der LINKEN. Ebenso ist in einigen Teilen so gut wie keine Mitgliedschaft vorhanden. Beides aber sind keine Naturgesetze, und es wurde herausgestellt, dass eine zentrale Aufgabe des Ortsverbandes sein wird, genau dieses zu ändern.

Zur Arbeitsweise und den Aufgaben des Ortsverbandes ent-

wickelte sich eine sehr lebhaft Diskussions, in die sich viele der Anwesenden einbrachten. So wurde zunächst bemängelt, dass die Partei in der Stadt zu wenig sichtbar ist und Themen der Innenstadt zu oft eine untergeordnete Rolle spielen. Natürlich wurde auch die Erwartung artikuliert, dass die Basisorganisationen in dem Prozess mitgenommen und einbezogen werden. Die politische Kultur soll durch den Ortsverband belebt werden, bestehende Veranstaltungsformate besser bewerben sowie neue Veranstaltungsformate nutzen, um auch Menschen anzusprechen, die unserer Partei bisher nicht zugeneigt sind. Überhaupt soll der Ortsverband dazu beitragen, das oft von Vorurteilen, Antikommunismus und Stereotypen geprägte Bild, welches viele Zugezogene von der LINKEN haben, zu verbessern. Die Programmdebatte soll natürlich auch auf der Ebene des Ortsverbandes stattfinden, vor allem aber wurde der Wunsch geäußert, sich wieder stärker von der Partei einbezogen zu fühlen. Viel Arbeit also für den neuen Ortsvorstand.

Bei dessen Wahl ergab sich



Der Vorstand für den OV Potsdam Mitte/Ortsteile

ganz am Anfang eines der zunehmenden Probleme unserer Partei: Es fanden sich keine Kandidatinnen. Auch durch die Aussicht auf eine gute Sitzungsatmosphäre und viele junge, engagierte Genossen im Vorstand konnte leider keine der anwesenden Frauen zu einer Kandidatur bewegt werden. Daher besteht der einstimmig gewählte Ortsvorstand nun aus Leon Lenk, Thomas Seeliger, Matthias Specht, Denis Peter und Moritz Kirchner, der anschließend auch zum Vorsitzenden des Ortsverbandes gewählt wurde. In besonderer Erinnerung blieb mir

an diesem Tag zweierlei. Nämlich erstens, dass sich viele der älteren Genossinnen und Genossen beim Vorbereitungskomitee bzw. beim Arbeitspräsidium für eine wirklich schöne Parteiveranstaltung bedankt haben. Und zweitens die Worte einer erfahrenen Genossin: „Es ist schön zu sehen, dass es so engagierte junge Leute gibt, die jetzt unsere Parteiarbeit fortführen“. Dem kann der neu gewählte Ortsvorstand mit einem Altersdurchschnitt von 33 Jahren und viel politischem Elan nichts hinzufügen.

Moritz Kirchner

„Plakate der DDR“ in der Alleestraße

Der Potsdamer Grafiker Siegfried Lachmann eröffnete am 27. November eine Plakatausstellung

Rund 500 Plakate hat das Potsdamer Grafiker-Urgestein Siegfried (Sigggi) Lachmann in der DDR-Zeit gesammelt. Warum? Nun ganz einfach. „Mit jedem einzelnen Stück verbindet sich für mich eine Geschichte“, erklärt Sigggi. Und – fast entschuldigend: „Als Grafiker schmeißt man nicht so einfach grafische Werke weg.“ So hat sich einiges angesammelt, dank der Sammlerleidenschaft und des künstlerischen Verantwortungsbewusstseins von Sigggi Lachmann.

Er hatte schon einmal einen kleinen Teil seiner Sammlung in der Allee-

straße ausgestellt. Dieses Mal sind es mehr – insgesamt 31 – zeitgeschichtliche Dokumente aus der DDR. Und die Themen behandeln politische Ereignisse wie das Plakat „Einheit, Frieden, Aufbau“ – beeindruckend mit dem in der DDR immer gegenwärtigen Picasso-Friedenstaubensymbol gestaltet. Lachmann kommt ins Schwärmen, wenn er seine Geschichten zu einzelnen Plakaten erzählt. So verehrt er heute noch die unvergessene Grafiker-Legende Manfred Bofinger (in der Ausstellung mit dem Plakat „Karigrafie '79“ vertreten)



Ministerin Tack war Gast auf der Ausstellungseröffnung.



Tobias Bach (r.) hatte ein Geschenk für Sigggi Lachmann.

oder den Potsdamer Kunsterzieher Hubert Globisch (Plakat zur Volkssolidarität). Und die Gäste der Ausstellungseröffnung, zu denen auch Ministerin Anita Tack gehört, machen sich gegenseitig auf einige kulturhistorische Plakate aufmerksam – auf die Parkfestspiele im Park von Sanssouci zum Beispiel. Oder auf das Plakat gegen das Schiebertum. Erinnerungen werden wach. So bei den Plakaten „Freiheit für Angela Davis!“ sowie gegen die Pinochet-Verbrechen „Stopp den Mordterror!“ aus den 70-ern. Viele erinnern sich, wie sie

mit diesen Plakaten demonstriert sind.

Eine besondere Überraschung kam dann zum Schluss der Ausstellungseröffnung: Der 25-jährige Studierende Tobias Bach – selbst Hobby-Sammler – übergab an Sigggi Lachmann ein Plakat vom Pressefest der „Lausitzer Rundschau“ (Cottbus) aus dem Jahre 1957. Sigggi Lachmann bedankte sich sichtlich bewegt.

Die Ausstellung im Haus der LINKEN in der Allee-straße 3 ist bis Ende Januar 2011 werktags von 08.00 bis 16.00 Uhr geöffnet.

Kleingärtner fordern GRÜN statt Plattmache!!!

Das zu Ende gehende Jahr ist das 20. der Deutschen Einheit. Und zwanzig Jahre müssen sich nunmehr Potsdamer KleingärtnerInnen gegen eine verdeckte oder offene Plattmachepolitik seitens der Stadt wehren. 1995 waren es die fünf Sparten in Potsdam-West, die die Begehrlichkeiten für den „gehobenen Wohnungsbau“ weckten. Um die Jahrtausendwende kam der nächste Schlag gegen die Kleingärtner. Weitere fünf Jahre später ging es um das Überleben von ganzen 300 Kleingärten in Potsdam. Dieses Jahr – 2010 – begann damit, dass im Frühjahr in der Stadtverordnetenversammlung eine horrende Preiserhöhung für die Abwasserentsorgungskosten von 128 Prozent (!) „durchgewunken“ wurde. Mit sozial nicht mehr verträglichen Preisen soll so ein „kalte Vertreibung“ stattfinden.

Und schließlich ließ der GRÜNE Beigeordnete Matthias Klipp Mitte September die Katze aus dem

Sack: Er sicherte Häuslebauern zu, dass für sie in Potsdam Flächen von Kleingartenanlagen oder Garagenbesitzern zur Verfügung stünden. Und das entgegen der bestehenden Kleingartenentwicklungskonzeption, beschlossen im Jahre 2007 in der Stadtverordnetenversammlung.

Ein GRÜNER Politiker, der GRÜN aus unserer Stadt verbannen will – zugunsten profitablen Wohnungsbau für Besserverdiener. DAS ist Schizophrenie!

Gegen diese Plattmachepolitik protestieren wir!

Wir sind der festen Meinung, dass unsere Stadt auch weiter als eine GRÜNE Stadt bestehen bleiben soll. Wir erinnern hier an die Laudatio zur Auszeichnung Potsdams im Rahmen des Wettbewerbs „Entente Florale“. In diese positive Bewertung unserer Stadt waren auf jeden Fall auch die Kleingärten mit einbezogen. Denn sie gehören unabdingbar zum Stadtgrün Pots-

dams. Gerade die Kleingärten geben unserer Stadt das besondere Flair einer Großstadt mit sehr viel Grün. Das ist gesund und gut!

Wir Kleingärtner sind auch Bürger unserer Stadt. Das ist übrigens in der Kleingartenentwicklungskonzeption verankert.

Und dieses Bürgerbewusstsein haben wir auch schon in den vergangenen Jahren mehrfach unter Beweis gestellt. Ob zur „Wiederherstellung alter Potsdamer Kulturlandschaften“ oder für Gewerbeansiedlung bzw. Wohnungsbau.

Wir haben genug geblutet: In der Rosa-Luxemburg-Straße, am Horstweg, am Jungferensee, an der Berliner Straße und im Bornstedter Feld – um nur einiges zu nennen. Wir haben in Jahrzehnten gewachsenes Stadtgrün und traditionelle Vereine aufgeben müssen.

Damit muss ENDGÜLTIG Schluss sein!

Im Namen der 18.000 Klein-

gärtner und Nutzer des VGS Potsdam fordern wir:

Herr Klipp, nehmen Sie Ihr Angebot an die Wohnungsbauer zurück und halten Sie sich an die vereinbarte Kleingartenentwicklungskonzeption! In die Stadt Potsdam gehören AUCH Kleingärten und nicht nur bebauter Land! DAS macht Potsdam lebenswert!

Und an unsere Stadtverordneten haben wir die dringende Bitte: Schauen Sie sich jedes weitere Vorhaben in Sachen Überplanung von Kleingartenland in unserer Stadt unter den genannten Gesichtspunkten genau an!

Stoppen Sie die sozial unerträglichen Preiserhöhungen der Abwasserabfuhr. Suchen Sie gemeinsam mit dem VGS nach gangbaren Wegen, dieses Problem zu lösen!

Potsdam muss GRÜN bleiben!

VGS-Kreisvorstand, die Vorstände und 18.000 Mitglieder und Nutzer Potsdamer Kleingartenvereine

Klipp und klar

Meine volle Solidarität gilt den Potsdamer Kleingärtnern und ihrem Kreisverband, die Herrn Klipp und seinen Auftraggebern den nötigen Widerstand angesagt haben gegen die Pläne zur weiteren Vernichtung von Potsdamer Stadtgärten (unter dem Vorwand des Wohnungsbaus für Stadt villen – auf Kosten der Kleingärten).

Ex-Ministerpräsident Manfred Stolpe sagte seinem Nachfolger bei der Amtsübergabe, er möge sich nicht mit den Potsdamer Kleingärtnern anlegen. Diesen guten Rat hat Herr Platzek verstanden und beachtet. Und nun kommt ausgerechnet ein GRÜNER, der den Kleingärtnern den „Krieg“ ankündigt! Herr Klipp missachtet nicht nur elementare Bürgerinteressen sondern hat sich offensichtlich auch zu wenig mit der Stadt-Geschichte und den konkreten Gegebenheiten beschäftigt. Ihm ist vielleicht nicht bekannt, dass auch der Präsident des BDG, Dr. Achim Friedrich, des Millionen-Verbandes der Kleingärtner, ein Bürger der Stadt Potsdam ist. Bei der letzten OB-Wahl im Potsdam haben von 127 728 Wahlberechtigten nur 25 % Herrn Jakobs und nur 3 % die GRÜNEN gewählt. Die Basis für Herrn Klipp ist also sehr dünn. Wir lassen uns nicht über den Tisch ziehen.

Horst Jäkel



„Es geht um unsere Gärten!“

Protest-Demonstration am 26. November 2010 vor dem Potsdamer Stadthaus

Über 500 Kleingartennutzer des VGS Potsdam hatten sich vor dem Stadthaus versammelt, um gegen die Kleingarten-Plattmachepolitik der Stadt zu protestieren. Unter ihnen auch der Präsident des Bundesverbandes der Gartenfreunde e.V., Dr. Achim Friedrich, der Landesvorsitzende des Landesverbandes Bernd Engelhardt und Vertreter aus anderen Kreisverbänden des Landes.

Lautstark protestierten die Demo-Teilnehmer gegen die städtische Willkür in Sachen Kleingärten. Und ebenso vehement sprachen sich die Redner aus Kleingärten für einen endgültigen Sinneswandel der Stadt aus. „Wir haben genug geblutet!“, so war der Tenor. Und: „Das in langen

Verhandlungen ausgehandelte Kleingartenentwicklungskonzept muss endlich rechtlich verbindlich bleiben!“

Der VGS und seine Mitgliedsvereine sammeln in dieser Sache seit Oktober Unterschriften. Bis zum 26.11. waren insgesamt rund 2.500 eingegangen. Und eine kleine Delegation von VGS-Vertretern nutzte die Gelegenheit, um die Unterschriftenlisten dem an diesem Tage neu ins Amt eingeführten Oberbürgermeister Jann Jakobs zu überreichen. „Wir werden weiter Unterschriften gegen die Plattmachepolitik der Kleingärten sammeln“, betonte Friedrich Niehaus, VGS-Geschäftsführer in Potsdam. „Und wir ruhen nicht eher, bis wir eine ver-

tragliche Sicherheit für den Bestand unserer Kleingärten haben!“ Dass man dazu Grund hat, zeigte auch die kurze Antwort des Beigeordneten Klipp. Er versicherte zum Beispiel, dass Kleingärten laut Kleingartenkonzept Bestand hätten - so lange jedoch die Stadtverordneten „keinen anderen Beschluss fassen“ !!! Und OB Jakobs hatte auch nur eine reichlich verschwommene Antwort für die aufgebrachten Kleingärtner. Was sollen sie auch mit Versprechungen, dass ihre „grüne Lungen“ JETZT sicher seien. Wie lange das so sein wird, das wollten die Kleingärtner wissen. Darauf gaben Jakobs und Klipp keine Antworten.

LINKE-Fraktionschef Dr. Schar-

fenberg solidarisierte sich mit den Kleingärtnern. DIE LINKE fordere, das beschlossene Kleingartenentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam einzuhalten, so Scharfenberg. Die Kleingärten müssten als wichtiger Lebensort in der Stadt und ihren Ortsteilen erhalten bleiben. Sie seien die Grüne Lunge Potsdams und leisten ihren Beitrag für das derzeit diskutierte Klimaschutzkonzept. DIE LINKE fordere keine Vorwegnahme von Entscheidungen zur Schaffung von Wohnungsbauflächen ohne Not. Scharfenberg: „Die Stadt muss endlich die Kleingärten als Teil der ländlichen Entwicklung, Wirtschaftsfaktor sowie Erholungsfaktor begreifen.“

Schnell, direkt, informativ und erfolgreich – die Herbst-Regionalkonferenzen

Flugrouten, CCS-Speicherung, die Umgehungsstraße vor Ort, erneuerbare Energien und ein Jahr rot-rote Landesregierung. Die Liste der Themen, die auf den vier Regionalkonferenzen in diesem Herbst zur Sprache kamen, ließe sich noch ganz ordentlich verlängern. Über 500 Bürgerinnen und Bürger, die meisten davon Genossinnen und Genossen, besuchten diese attraktive Form des politischen Dialogs in Fürstenwalde, Lübbenau, Neuruppin und Brandenburg an der Havel. Allen Konferenzen gemein war die lebhafteste Diskussion über landes- wie lokalpolitische Themen, die sich zwischen den linken Funktionsträgern und Ministern sowie den interessierten Bürgern vor Ort entwickelte. „Wann haben wir schon die Chance, mit so vielen politischen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen“, erklärte ein Teilnehmer aus Lübbenau wohl stellvertretend für viele. Diese Einschätzung gilt natürlich auch umgekehrt. „Die Regionalkonferenzen sind sicher eine der besten Möglichkeiten, schnell, direkt und unkompliziert mit den Bürgern in den Dialog zu kommen. Ein erfolgreiches Modell, auch für die Zukunft!“, zog Thomas Nord, der Landesvorsitzende der LINKEN in Brandenburg, zufrieden Bilanz. Fortsetzung folgt. Im Frühjahr 2011. Versprochen!



Eine angenehme Aufgabe für Peter Kaminski (z.v.l.) – der erste Spatenstich im Villenpark Groß Glienicke.

Probleme gemeinsam anpacken

Zwei Jahre Ortsvorsteher des OT Groß Glienicke – eine kleine Bilanz von Peter Kaminski

Die Wahlen zum Ortsbeirat (OBR) im September 2009 ergaben eine interessante Konstellation in der Zusammensetzung des OBR, keine der angetretenen Parteien und Wählervereinigungen konnte eine deutliche Mehrheit erzielen (was auch nicht wirklich zu erwarten war). Die Wähler hatten damit erreicht, dass Alle miteinander reden mussten, wollten wir eine konsequente Interessenvertretung der Belange unseres Ortsteils gegenüber der Stadtverwaltung erreichen. Ein zerstrittener OBR ist nicht in der Lage, die Interessen seiner Wähler gegenüber der Stadt zu vertreten. Diese Erfahrung hatten wir in der vergangenen Wahlperiode machen müssen.

Somit wurde die Idee geboren, die Amtszeit des Ortsvorstehers aufzuteilen und mit dem besten Wahlergebnis im Rücken, durfte

ich mich dieser Aufgabe in den vergangenen zwei Jahren widmen.

Vom ersten Tag an konnte ich feststellen, dass in diesem OBR eine deutliche Bereitschaft vorhanden ist, die Probleme gemeinsam anzupacken, Aufgaben zu übernehmen, Lösungen vorzubereiten. Neben der eigentlichen Beratung in den Sitzungen des OBR haben wir in Arbeitsgruppen und mehreren Einwohnerversammlungen Probleme erfasst, beraten und Lösungen gegenüber der Verwaltung vorgeschlagen. Die Themen waren vielfältig: Bürgerhaushalt des Ortsteils, Vereinskonferenz zur Vorstellung der durch den OBR zu fördernden Projekte, Stand und Entwicklung des B-Planes 21 an der Potsdamer Chaussee, Planungswerkstatt zum Ausbau der Seepromenade, Gestaltung des Uferparks ... und

nicht zuletzt Veranstaltungen gegen die Sperrung des Uferweges am Groß Glienicker Sees. Diesen Veranstaltungen waren in der Regel intensive Vorbereitungen vor Ort oder in den Fachbereichen der Potsdamer Stadtverwaltung vorausgegangen, an der jeder Ortsbeirat teilnehmen konnte. Sicher haben wir uns mit den beharrlichen Nachfragen nicht nur Freunde in der Verwaltung geschaffen, aber unter dem Strich ist dabei einiges für den Ortsteil herausgekommen. Ich möchte hier nur an einige Projekte erinnern: die Schaffung einer Regenwasserversickerung im Friedrich-Günter-Park, mit der Übergabe des Schulganzungsbaus konnte der Hort aus der Waldsiedlung zurück geholt werden, Groß Glienicker Interessen wurden im Einzelhandelskonzept von Potsdam berücksichtigt, mit dem Bau des

ersten Abschnittes des Uferparks wurde begonnen und zur Verbesserung der Wasserqualität des Glienicker Sees steht der Bau einer modernen Regenwasserfilteranlage kurz vor dem Abschluss. Die Aufzählung kann natürlich nicht vollständig sein.

Große Probleme bereitet uns weiterhin die teilweise Sperrung unseres Uferweges. In sehr vielen persönlichen Gesprächen, aber auch in Beratungen in der Verwaltung habe ich gemeinsam mit meinem Stellvertreter für eine gute Kompromisslösung geworben. Der nun eingeschlagene Weg, über ein Moratorium zu einer verträglicheren Abwägung im Rahmen einer teilweisen Änderung des Bebauungsplanes zu kommen, wird uns hoffentlich bald wieder die Möglichkeit bieten, das Seeufer in seiner ganzen Pracht genießen zu können.

Konzept für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Mit der Gemeindegebietsreform 2003 hat Potsdam nicht nur erheblich an Fläche gewonnen. Mit den ehemaligen Gemeinden Groß Glienicke, Golm, Fahrland, Neufahrland, Marquardt, Uetz Paaren und Satzkorn ist Potsdam wesentlich durch den ländlichen Raum geprägt. Diese heutigen Ortsteile sollen in ihrer Spezifik erhalten bleiben und zugleich als Teil der Landeshauptstadt entwickelt werden. Voraussetzung dafür ist eine Stärkung der Ortsbeiräte. Sie sollen soweit wie möglich die Entwicklung ihres Ortsteils bestimmen können,

natürlich in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Stadtverordnetenversammlung.

Viele wissen nicht, dass Potsdam gegenwärtig die Landeshauptstadt mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Bundesrepublik ist. Man hat manchmal den Eindruck, dass dieser Umstand für die Rathauspitze eine eher ungeliebte Pflicht ist, der widerwillig nachgekommen wird.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass sich damit Chancen verbinden, die es zu nutzen gilt. Die

landwirtschaftlichen Betriebe, die Betriebe des Obst- und Gartenanbaus sollten zielgerichtet entwickelt und stärker in der Stadt und für die Stadt nutzbar gemacht werden. Es ist ein besserer Einsatz der landwirtschaftlichen Produkte in der Stadt anzustreben. Warum sollen nicht auch die Schulen stärker mit der Landwirtschaft in der Stadt vertraut gemacht werden? Erste Ansätze gibt es dafür. Wichtig ist auch, dass die Stadt gemeinsam mit dem Land auf eine höhere Flexibilität bei den Fördermaßnahmen drängt. Gerade beim Gartenbau

gibt es in Marquardt und in Satzkorn große Traditionen in Wissenschaft und Bildung, die bewahrenswert sind.

Vor diesem Hintergrund hat die Linksfraktion den Oberbürgermeister aufgefordert, ein Konzept zur langfristigen Entwicklung des ländlichen Raumes in der Landeshauptstadt zu erarbeiten. Bisher gibt es nur einzelne Ansätze und Überlegungen auf diesem Gebiet. Der Antrag wird im KOUL-Ausschuss und im Hauptausschuss beraten und dort hoffentlich eine Mehrheit finden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

„Hoch über Sumpf und Sand“

Im Nikolaisaal war gerade die offizielle Feier „20 Jahre Neu-Brandenburg“ zu Ende gegangen. Die Honoratioren und Gäste hatten sich auf den Weg hoch hinauf – zum „Kreml“ – gemacht. Schließlich gabs hier Speisen und Getränke „wie vor zwanzig Jahren“. In der Zwischenzeit hatte sich das Theaterschiff gut gefüllt. Die „Hymne der Brandenburger“ kam lautstark über die Lautsprecher (ganz im Gegeteil zum Nikolaisaal!) und man ließ den „roten Adler“ steigen... Der Anlass: Der Potsdamer Journalist Matthias Krauß stellte im Rahmen einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung sein neues Buch „Hoch über Sumpf und Sand – 20 Jahre Neu-Brandenburg“ vor. Und er konnte keinen Geringeren als den Brandenburger Justizminister Volkmarschöneburg (DIE LINKE) begrüßen.

„Die Vorstellung des neuen

Buches versteht sich nicht als Gegenveranstaltung zum amtlichen Geburtstagsfest, sondern als Ergänzung dazu“, betonte Krauß in seiner Einführung. Zwanzig Jahre hat Matthias Krauß als Parlamentskorrespondent das schöne „Neu-Brandenburg“



Justizminister Volkmarschöneburg und RLS-Chef Detlef Nakath (M.) bei der Buchpräsentation.

burg“ auf seinem Weg begleitet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse hat er in seinem Buch verarbeitet. Er weiß um die kleinen skurrilen Geschichten wie auch um die großen, dramatischen Prozesse. Beleuchtet wird Politikerverhalten in Krieg und Frieden. Dem schnelllebigen Theater auf der politischen Bühne stellt Matthias Krauß die unterirdischen, die eigentlichen, die aus

seiner Sicht wesentlichen Entwicklungen gegenüber. Das unterstrich auch der Justizminister in seiner kurzen Laudatio.

Ein ernstes, nachdenkliches und trotzdem spaßiges Buch, meinen wir.

Matthias Krauß „Hoch über Sumpf und Sand – 20 Jahre Neu-Brandenburg“, 200 Seiten, Dietz Verlag Berlin, 16,90EUR.

Thema: Exit Afghanistan

WeltTrends, Heft 6/2010, Nr.75 erschienen

Wieder einmal hat der Westen den Krieg um Afghanistan verloren. Nun wird über den Abzug der Truppen diskutiert. Allerdings: Die USA und Deutschland verstärken ihre militärische Präsenz am Hindukusch noch einmal. „Partnering“ heißt das geschmeidige Wort, mit dem kaschiert wird, dass deutsche Soldaten (als Ausbilder) verstärkt bei Kampfhandlungen präsent sein werden. Dass die Intervenierenden ihre Truppen aus dem Land abziehen sollten, ist politischer Konsens. Fraglich bleiben dabei jedoch das WIE und das WANN eines solchen Abzugs sowie die Konsequenzen. Die Experten bemühen sich in diesem Heft, Licht in dieses Dunkel zu bringen und so einen Weg aus der allgemeinen Unsicherheit zu weisen.

Bestellungen:

- per Fax 0331/9774696; email: bestellung@welttrends.de oder per Brief an Redaktion WeltTrends, c/o Universität Potsdam, A.-Bebel-Str. 89 in 14482 Potsdam

„DDR – Realität und Hoffnung“

Die rund 60 Autoren aus den verschiedensten beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen und Altersklassen ergriffen für diesen Band der Buchreihe „Spuren der Wahrheit“ das Wort, weil sie der Geschichtsfälschung des Zeitgeistes über 40 Jahre DDR entgegentreten wollten.

„Wir sind Besiegte, aber nicht Zerstörte, auch nicht Gewendete und schon gar keine Überläufer. Die Erfahrung der Niederlage ist eine bittere, aber wie jede Erfahrung auch eine nützliche. Wir haben nicht ver-

loren, weil wir schlechter oder gar böser waren als andere, sondern weil die anderen noch stärker waren als wir. Natürlich waren sie stärker, weil wir viele Fehler machten. Auch schlimme Fehler. Jeder weiß aber: Der Sieg des Stärkeren ist nicht immer der Sieg des Besseren.“

„Die DDR ist von der Landkarte verschwunden, aber geblieben sind die in ihr gewonnenen Erfahrungen bei der Gestaltung einer Gesellschaft, in der der Profit nicht das Maß aller Dinge, soziale Gerechtigkeit und Solidarität gelebte Wirk-

lichkeit, Frieden und Völkerverständigung oberste Maxime internationalen Wirkens waren.“

„Schon jetzt steht fest, dass der untergegangene Staat tiefere Spuren im Gedächtnis seiner Bewohner hinterlassen hat, als sich seine Liquidatoren und Abwickler vorstellten.“

So vielfältig wie das Leben in der DDR war – mit allen Schatten-, Halbschatten- und Sonnenseiten-, so facettenreich sind die Schilderungen der Autoren in unterschiedlicher literarischer Form – vielfach mit Fotos,

Dokumenten und Grafiken bereichert. Alle eint die ehrliche Darstellung des wahrhaft in der Deutschen Demokratischen Republik Erlebten.

Das Buch „DDR – Realität und Hoffnung“ ist ein weiterer Band der Reihe „Spuren der Wahrheit“, herausgegeben von Horst Jäkel im Auftrag der Unabhängigen Autoren- und Verlegergemeinschaft „So habe ich das erlebt“ und seit September 2010 im Buchhandel erhältlich, kann aber auch direkt beim GNN Buchversand, Badweg 1, 04435 Schkeuditz, bezogen werden.

Niemand ist vergessen!

Wieder Herbert-Ritter-Gedenken in Babelsberg

Am 12. November luden wir, zusammen mit dem VVN-BdA Potsdam, zum ersten offiziellen Her-



Das IHK-Schild abgeschraubt. Dahinter versteckt Herbert Ritters Tafel

bert-Ritter-Gedenken seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. In den frühen Morgenstunden versammelte man sich vor dem Gebäude des IHK-Bildungszentrums am Babelsberger Weberplatz/Ecke Wichgrafstraße. Es folgten kurze Redebeiträge als begonnen wurde das Namensschild der IHK abzuschrauben und die verschollen geglaubte Gedenktafel für die Ermordung Herbert Ritters darunter auftauchte. Nach der „Wende“ wurde die Tafel von der IHK versteckt. Aus Mangel an Möglichkeiten sie zu entfernen, da sie ins Mauerwerk eingelassen war. Diese Tatsache geriet in Vergessenheit. Ein Hinweis aus der Be-

völkerung ließ ein würdiges Gedenken an Herbert wieder naherrücken. Zuvor wurde wochenlang in alten Akten und dunklen Archiven recherchiert. Wurden Fakten für einen Antrag an die Gedenktafelkommission der Stadt gestellt. Die bürokratischen Hürden waren zu hoch. Das Vorhaben scheiterte. Daher war man umso glücklicher über den Hinweis.

Herbert Ritter war ein 17-jähriger Jungkommunist aus Nowawes. Er wurde 1931 von einem Nationalsozialisten auf dem heutigen Weberplatz erschossen. Herbert war damit das erste Opfer des Faschismus in Nowawes. Sein Mörder wurde damals freigesprochen. Ein Zeichen der damaligen Klassenjustiz.

Weitere Infos zu Herbert, seinem Leben und die Umstände



Lutz Boede, Bürochef DIE ANDERE (l.), mit Blumen an der Gedenktafel.

seiner Ermordung in der aktuellen Gedenkbroschüre, einem „Herzschlag Spezial“.

AG Gedenken-Erinnern-Mahnenden der Ultras Babelsberg (Fan-Gruppe von Babelsberg 03)

Ein Jahr rot-rote Regierung in Brandenburg

Interview mit Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers, DIE LINKE

Ein Jahr ist die rot-rote Regierung im Amt. Was haben Sie in Ihrem Ressort erreicht?

Im ersten Jahr ging es darum zu prüfen, wo wir in der Wirtschafts- und Europapolitik in Brandenburg stehen: Welche Ansätze können weiter geführt werden, wo bedarf es Korrekturen und wo ein grundsätzliches neues Herangehen. Wir haben zahlreiche wissenschaftliche Überprüfungen veranlasst, z.B. in der Unterstützung von technologischen Entwicklungen, der Energiepolitik, der Zusammenarbeit mit Berlin, dem Breitbandausbau, der Substanzpflege bestehender

festlegen, wie sich Brandenburg bis 2020 entwickeln soll. Denn wegen sinkender Einnahmen von Bund und Europäischer Union muss Brandenburg mit weniger Geldern wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung finanzieren. Dafür ist eine umfassende Auslotung der Möglichkeiten erforderlich.

Was konnten Sie bisher umsetzen?

Entsprechend meinem Grundsatz, ökonomische Effizienz, Nachhaltigkeit und soziale Gestaltung gemeinsam umzusetzen, wurde zuerst die Art der

Neben dem Interesse von Privatpersonen ist das fehlende Angebot bisher ein Standortnachteil für Unternehmen.

Gibt es auch schon wissenschaftliche Vorschläge zur weiteren Energiepolitik?

Meine Erwartung hat sich bestätigt: Wenn wir den Vorrang erneuerbarer Energien weiter umsetzen wollen, gibt es Probleme mit Flächen. Die ohne größere Probleme zur Verfügung stehenden Flächen für Windkraft, Biomasse und Photovoltaikanlagen sind nahezu ausgeschöpft. Gleiches gilt auch für die Akzep-

Innovationsgutschein eingeführt, damit kleine Unternehmen unkompliziert mit Hochschulen und Universitäten zusammen arbeiten können. Es gibt Unterstützung für die Digitalisierung von Kinos. Das Vergabegesetz wird noch im November in die Abstimmung der Ministerien gehen. Dabei bleibt mein Grundsatz, dass die Einführung einer Lohnuntergrenze das zentrale Ziel dieses Gesetzes ist. Am 2. Dezember werden wir die gemeinsame Innovationsstrategie mit Berlin vorstellen, auf der ITB im März nächsten Jahres die neue Tourismuskonzeption, bis zur Som-



Unternehmen und der Art und Weise wie öffentliche Förderung erfolgen soll. Für alle diese Gebiete haben wir Studien in Auftrag gegeben, ein großer Teil liegt inzwischen vor.

Ist das üblich, nach einem Regierungswechsel so anzufangen?

Es ist notwendig, da ich nicht nur für eine Legislaturperiode einen Rahmen setzen will. In den nächsten 2 Jahren müssen wir

Förderung von Unternehmen umgestellt. Schrittweise wird der Anteil von nicht rückzahlbaren Zuschüssen durch Darlehen an Unternehmen verringert. Für technologieorientierte Unternehmen gibt es einen so genannten Frühphasenfonds, das heißt, mit Beteiligungen und Darlehen durch das Land wird die Anschubfinanzierung gesichert. Wir haben inzwischen Interessenten sogar aus der Schweiz, die sich hier ansiedeln wollen. Um der Eigenkapitalchwäche kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) entgegen zu wirken, wird – nach Klärung mit der Europäischen Union – noch in diesem Jahr ein gesonderter KMU-Fonds aufgelegt werden. Wir haben definiert, dass künftig bei der Tourismusförderung die Qualität des Angebotes bzw. die Zertifizierung des Unternehmens eine entscheidende Rolle bei der Höhe der Förderung spielen wird. Gegenwärtig wird eine Breitbandstrategie erarbeitet, um den Anschluss ländlicher Räume mit schnellem Internet zu unterstüt-

tanz der Umgestaltung der Landschaft. Denn erfahrungsgemäß finden erneuerbare Energien großen Zuspruch im allgemeinen, sobald es aber um die Nutzung konkreter Flächen geht, gibt es oft großen Widerspruch. Deshalb wird die Energiepolitik zukünftig neben den Grundsätzen Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit durch eine vierte Säule ergänzt werden, einer Akzeptanzstrategie. Deshalb führe ich Touren zur Unterstützung erneuerbarer Energien durch, führe Konfliktbewältigungsgespräche bei der Nutzung konkreter Flächen und wir finanzieren die Erarbeitung regionaler Energie- und Klimaschutzkonzepte über die Regionalen Planungsgemeinschaften und einzelne Kommunen.

Welche Neuerungen gibt es für Unternehmen und Regionen?

Neben der Unterstützung bei der Eigenkapitalbildung und der Technologieentwicklung gibt es z.B. das RENN-Plus-Programm, da geht es um regionale Energiekonzepte. Wir haben einen

merpause die neue Energiestrategie. Und wir haben die beiden ersten Hürden genommen, dass Brandenburg ab 2014 nicht mehr in zwei Förderzonen der Europäischen Union eingeteilt ist, sondern die europäischen Zuwendungen als eine Region einsetzen kann.

Noch ein Satz zu CCS: Sie sind zu sehr vielen Bürgergesprächen gefahren ...

... die Braunkohleverstromung ist generell umstritten. Ich halte sie jedoch in einem Energiemix noch für längere Zeit mit abnehmender Tendenz für notwendig. Voraussetzung wäre eine CO₂-Abscheidung, -Speicherung und -Verwertung. Gegenwärtig sind wir jedoch nur in der Phase der geologischen Untersuchung von Speichermöglichkeiten, um feststellen zu können, ob Sicherheit bei einer Speicherung überhaupt gewährleistet ist. Dazu versuche ich mit allen zu reden, auch in einem gesondert gegründeten Beirat. Wichtigste Aussage bleibt: Ist die Speicherung nicht sicher, wird nicht gespeichert werden.

Toleranzfest war in diesem Jahr Am Schlaatz

Am 30. Oktober 2010 fand das nunmehr 3. Fest für Toleranz unter dem Motto „Toleranz bedeutet gute Nachbarschaft“ statt. Das Toleranz-Fest knüpfte 2010 an aktuellem Anlass an den 325. Jahrestag des „Edikts von Potsdam“ (1685) und das „Neue Potsdamer Toleranzedikt“ (2008) an.

In diesem Jahr fand es erstmals nicht am Brandenburger Tor statt, sondern auf dem Marktplatz am Schlaatz und sollte die Integrationsleistungen der Schlaatzler/innen für die Landeshauptstadt Pots-

dam würdigen. Zu den Programmpunkten gehörten u.a. Musik vom Fanfarenzug Potsdam, Köstlichkeiten aus aller Welt, Kinderprogramm, Straßenfußball-Turnier für Toleranz, Mitmach-Aktionen, ein Rolli-Parcour und eine Foto-Aktion. Mitzubringen waren: Ihr Lieblingsrezept, wenn möglich ein Stück Stoff (20 x 30 cm), eine Portion gute Laune und natürlich Freunde und Nachbarn!

Ausgerichtet wurde das Fest von der Landeshauptstadt Potsdam, vom Bündnis „Potsdam be-



Nationalitäten auf einem Erinnerungsfoto.



Die Fußballer der LINKEN konnten in diesem Jahr keinen Spitzenplatz behaupten... Doch: Teilnahme entscheidet. Und der Spaß...

kenn Farbe“, dessen Vorsitzender der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam ist, und vom Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt. Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e.V.“. Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch ein breites Netzwerk von Akteuren und Unterstützern: Pro-

Potsdam, Soziale Stadt Potsdam e.V., Milanhorst 9, Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft e.G., Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ Potsdam eG, Europe Direct Informationszentrum Potsdam, Energie und Wasser Potsdam, BBAG. In Zusammenarbeit mit:

Stadtsportbund Potsdam e.V., Jugendclub Alpha, Gastronomie Doctor-Musik, Bürgerhaus am Schlaatz, Juventas Crew Alpha e.V., Diakonisches Werk Potsdam e.V., RAA Brandenburg, Haus der Begegnung „Zum Teufelssee“, SC Fanfarenzug Potsdam e.V., Volkssolidarität Ortsgruppe Schlaatz, u.v.a.m.

Besserer Nahverkehr für Studierende in Potsdam!

Mit Semesterbeginn pendeln viele Studierende wieder zwischen Berlin und Potsdam sowie innerhalb der verschiedenen Standorte. Und das Chaos hat wieder begonnen. Totales Bahnchaos auf den Potsdamer Bahnhöfen. Studierende berichteten, dass 20-35min Verspätungen die Regel und nicht die Ausnahme seien. Hinzu kamen teilweise ersatzlose Zugausfälle. Die RB 21 (4 Anhänger, die voll sind) wurden durch den Minizug ersetzt, der weder in Golm, noch Hauptbahnhof, noch am Bahnhof Sanssouci alle aufnehmen konnte. Die Busse konnten die Massen auch nicht aufnehmen.

Besteller der Leistungen auf der Schiene ist das Land. Deshalb fordere ich das Land Brandenburg auf, im Sinne der Studierenden und im Sinne eines attraktiveren Hochschulstandorts Potsdam, für Verbesserung in der Anbindung der Hochschulstandorte zu sorgen.

Die Vorschläge um die Verbesserung der Fahrradwege und Markierungen auf Straßen für Fahrradfahrer sind gut, greifen aber meiner Meinung zu kurz. Was bringen mehr Markierungen auf der Straße, wenn diese weiterhin zugesperrt sind? Was bringen mehr Fahrradwege, wenn Autofahrer beim Rechtsabbiegen den Radfahrer übersehen oder Türen ohne Schulterblick aufgestoßen werden? Was bringen Ampeln, wenn rot ignoriert wird?

Was fehlt und was wieder stärker in den Vordergrund aller Straßenverkehrsteilnehmer muss, ist der Gedanke der gegenseitigen Rücksichtnahme. Paragraph 1 der

Straßenverkehrsordnung angewandt kann helfen die Unfallgefahr auf unseren Straßen zu vermindern.

Hier noch einmal zum nachlesen:

§1 Grundregeln

(1) Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.

(2) Jeder Verkehrsteilnehmer hat sich so zu verhalten, daß kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.

Gegenseitige Rücksichtnahme, egal wie man gerade unterwegs ist. Erfahrungen zeigen, dass sich sowohl die Pedalisten, als auch die Autofahrer aufeinander einstellen müssen, um Unfallgefahren zu vermeiden oder zu mindern. Für Erwachsene gilt zudem, dass das eigene verkehrswidrige Verhalten von Kindern schnell nachgeahmt wird, wodurch die wichtige Vorbildfunktion dann auf der Strecke bleibt. Um wirkungsvoll Unfälle zu verhindern, müssen sich Radfahrer und motorisierte Fahrer an die Verkehrsregeln halten und ein partnerschaftliches Verhalten an den Tag legen. Einseitige Schuldzuweisungen und Reduzierungen auf emotional aufgeladene Täter- oder Opferrollen bringen uns nicht weiter.

Die Stadt kann „lediglich“ die baulichen Rahmenbedingungen für den Straßenverkehr anbieten. Wie dieser abläuft – dafür ist der Fußgänger, der Radfahrer und der Autofahrer ganz persönlich verantwortlich.

-sakraem

Ein arbeitsfähiger AStA für die Uni Potsdam?

Vier Monate sind seit den letzten Wahlen zum Studierendenparlament vergangen, jetzt wurde der neue AStA gewählt. Diese lange Verzögerung kommt nicht von ungefähr, sondern hat ihre Gründe: In den letzten drei Jahren wurde stets eine AStA-Koalition unter Beteiligung der Jusos und verschiedener linker Listen gebildet, auch unter Mitarbeit des SDS. In diesem Jahr wollten es die Jusos allerdings anders machen: Sie legten ein recht unausgereiftes Konzept vor, wonach ein quasi listenunabhängiger AStA geplant war, der seine Arbeit in offenen thematischen Arbeitskreisen verrichten sollte. Was auf den ersten Blick wunderbar demokratisch und offen erscheint, hielten wir aus unterschiedlichen Gründen für einen Fehlgriff. Fehlende klare Verantwortlichkeiten und die schlechten Erfahrungen mit der Grün-Alternativen Liste (GAL) sind die Wesentlichsten.

Die Linke.SDS hätte mit einer GAL-Beteiligung nicht einmal große Probleme gehabt, leider gingen aber die Jusos auf die von uns vorgetragenen Einwände zur AStA-Struktur überhaupt nicht ein. Stattdessen schickten sie nur immer wieder neue Vorschläge für Referatsbesetzungen und Themengebiete – und das den gesamten Sommer über. Es schien, als ob viele Jusos lieber Luftschlösser bauten, statt über das politisch Machbare zu reden und endlich einen funktionierenden AStA

zu schaffen. So blieb uns nach unendlich langen 10 Wochen des Herumlamentierens nur der Gang in die Opposition.

Mittlerweile ist ein AStA aus GAL und Jusos im Amt, der sich seine zwei fehlenden Stimmen im StuPa durch „wechselnde Mehrheiten“ besorgt. Derzeit ist kaum vorstellbar, dass ein solcher AStA arbeitsfähig sein wird. So wurde bei der AStA-Wahl am 26. Oktober das wichtige und zentrale Referat für Hochschulpolitik überhaupt nicht besetzt, was bedeutet, dass die derzeitige Novellierung des Hochschulgesetzes ohne Wortmeldung aus der Potsdamer Studierendenschaft stattfindet. Die neue Referentin für das studentische Kulturzentrum bewies ihre Kompetenz darin, dass sie angab, gern zu tanzen und Sprachen zu lernen. Auch ließ sich kaum einer der neuen Referent_innen beim alten AStA blicken, eine Einarbeitung scheint man für überflüssig zu halten – was anhand der vielen in den Gremien völlig unerfahrenen neuen AStA-Mitglieder durchaus hochproblematisch ist.

Auch wenn der Zweifel überwiegt: Wir hoffen darauf, dass der AStA eine gute Arbeit im Sinne der Studierenden leistet, dass sich die reaktionären Konzepte von RCDS und Co. nicht allzu stark bemerkbar machen und vor allem die wichtigen Hochschulreformen im Land von der Verfassten Studierendenschaft begleitet werden.

-df

Weihnachtliches Potsdam

Zur Weihnachtszeit verwandelt sich die Landeshauptstadt Brandenburgs in einen winterlich-weißen Adventsschauplatz. Zwischen schneebedeckten Seen, Gärten und Schlössern des UNESCO Weltkulturerbes erleben Besucher aller Länder die historische Stadt auf traditionellen Weihnachtsmärkten und feierlichen Adventsveranstaltungen.

Märchen, Führungen, Konzerte - Potsdam bietet der ganzen Familie ein wundervolles Weihnachtserlebnis und freut sich schon ab November auf die schönste und gemütlichste Zeit des Jahres.

Der Bereich Marketing/Kommunikation der Stadtverwaltung Potsdam koordiniert auch in diesem Jahr wieder die Aktivitäten zur Weihnachtszeit. Das „Weihnachtliche Potsdam“ zaubert mit fünf traditionellen Weihnachtsmärkten und einer Vielzahl von bunten Veranstaltungen zur Advents-, Weihnachts- und Silvesterzeit Weihnachtsstimmung in den familiären Alltag. Neben dem umfangreichen und kostenlosen Infoflyer „Weihnachtliches Potsdam 2010“ sind auch wieder Schokoladen-Adventskalender und exklusive Weihnachtskarten der Weihnachtsmärkte in Potsdam erhältlich.

Eine besonders schöne Konzertreihe ist der „Klingende Advent“ in Potsdam. In Zusammenarbeit mit den Konzertveranstaltern der Stadt und der Stiftung Großes

Waisenhaus zu Potsdam organisiert die Potsdamer Verwaltung jedes Jahr ausgewählte Konzerte, bei denen um Spenden für Potsdamer Kinder gebeten wird. Die Gaben werden für die musikalische Frühförderung in Kitas und Schulen eingesetzt.

Auf Weihnachtsmärkten die Geschichte unserer Stadt entdecken

Weihnachten hat in Potsdam einen besonderen Charme. Adventsleckereien zwischen Weberhäusern des 18. Jahrhunderts, Pferdeschlittenfahrten auf dem Krongut Bornstedt, traditionelles Handwerk im Holländischen Viertel. In Potsdam werden die Weihnachtsmärkte geschickt mit der Geschichte und den verschiedenen historischen Kulissen verknüpft.

Alt-Potsdamer Weihnachtsmarkt seit dem 22. November - 26. Dezember. Der traditionelle Potsdamer Weihnachtsmarkt findet alljährlich in der Innenstadt zwischen St. Peter und Paul Kirche und Luisenplatz auf der Brandenburger Straße in unmittelbarer Nähe zum Schloss Sanssouci statt. Köstlichkeiten aus der märkischen Küche, Kunsthandwerk, eine Eisenbahn und vieles mehr warten auf die Besucher.

Weihnachtsmarkt auf Krongut Bornstedt vom 27. November - 26. Dezember. Wer zur kalten Jahreszeit italienisches Flair bevorzugt, der kann sich auf dem romantischen Weihnachtsmarkt im Krongut Born-



stedt freuen. Das ehemalige Mustergut der Hohenzollern ist einem Dorf in der Toskana nachempfunden. Seit 2002 erstrahlt es wieder in neuem Glanz. In dieser historischen Kulisse werden Keramik, Kunsthandwerk aus dem Erzgebirge, Schmuck und kulinarische Köstlichkeiten angeboten.

Sinterklaas – der holländische Weihnachtsmann in der Innenstadt am 11. & 12. Dezember. Wie eine Reihe angetretener Soldaten zeigt sich die barocke Stadterweiterung durch Friedrich Wilhelm den I. im Holländischen Viertel. Hier bummeln Einheimische und Touristen gleichermaßen gern durch das europaweit einzigartige Bauensemble. Es besteht aus vier Karrees mit etwa 150 Backsteinhäusern in holländischem Stil - unverputzt, mit weißen Fu-

gen, Fensterläden und zum Teil geschwungenen Giebeln. Highlights sind im Sommer das Tulpenfest, im Herbst der Töpfermarkt und im Winter das Sinter-Klaas-Fest – die holländische Antwort auf den Weihnachtsmarkt.

„Sternenmarkt“ vom 3. - 5. Dezember. Auf dem Hof des Kutschstalls Am Neuen Markt in Potsdams historischer Mitte findet jährlich am zweiten Adventswochenende der Potsdamer Sternenmarkt statt. Während der weihnachtlichen Begegnung mit Polen werden Händler aus dem östlichen Nachbarland Kunsthandwerk und Spezialitäten anbieten. Auf dem Kutschstallhof bieten polnische Künstler und Kunsthandwerker an ca. 40 Ständen ihre Produkte an.

Bürgerhaushalt verabschiedet

Erhalt und Ausbau von Sportanlagen bestimmen das Ergebnis

Bereits im Mai hatte Oberbürgermeister Jann Jakobs den Bürgerhaushalt 2011 unter dem sportlichen Motto „Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt“ eröffnet. Sportlich zeigt sich nun auch das Ergebnis. Neben dem erstplatzierten Vorschlag zur Einrichtung von Fußballplätzen am Babelsberger Park, finden sich unter den Favoriten vier weitere Anregungen zum Erhalt und Ausbau Potsdamer Sportanlagen. Ähnlich hoch bewertet wurden die Forderungen nach einem höheren Betreuungsschlüssel für Kitas und

Krippen sowie der Wunsch der Senkung von Kostenbeiträgen für die tägliche Kinderbetreuung.

Insgesamt wurden im Bürgerhaushalt 2011 der Landeshauptstadt Potsdam 413 Vorschläge eingereicht. In mehreren Abstimmungsrunden erhielten die Anregungen zur Einführung des kostenlosen Nahverkehrs für Schülerinnen und Schüler sowie der Wunsch nach einem zeitnahen Ausbau des Potsdamer Radwegenetzes die meisten Punkte. Ebenfalls sind die Forderungen für

eine langfristige Lösung des Weiterbetriebs des alternativen Kulturzentrums „Archiv“ und die Anregung einer stärkeren Bürgerbeteiligung bei der Nahverkehrsplanung vertreten. Zu den bestplatzierten Anregungen zählen erstmals auch Ideen für die Einnahmenseite der städtischen Finanzen, wie die Erhöhung von Hundesteuern sowie die Einführung einer Touristenabgabe.

Am 3. November 2010 wurde die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben. Nach abschließender Beratung in den Ausschüssen wird im 1. Quartal 2011 mit einem Beschluss über die Vorschläge der Bürgerschaft und deren Berücksichtigung im Haushalt der Landes-

hauptstadt Potsdam gerechnet. Im Rahmen der Vorschlagsvotierung, die in der Zeit vom 30. August bis 26. Oktober 2010 stattfand, wurden über 4700 Teilnehmer gezählt. Mit den Besuchern der Stadtteil- und Bürgerversammlungen beteiligten sich damit 5848 Einwohnerinnen und Einwohner am Bürgerhaushalt 2011. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Teilnehmerzahl erneut erkennbar. Bürgermeister Burkhard Exner bezeichnete die wachsende Beteiligung als ein „Spiegelbild des wachsenden Willens der Bürgerschaft zu einer gemeinsamen Gestaltung der Stadt. Das verdeutlicht, dass sich das Projekt Bürgerhaushalt als fester Bestandteil der Potsdamer Haushaltsplanung etabliert.“

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Sonntag, 04.12.2010, 13.30Uhr:

Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Weihnachtsmelodien zum Zuhören und Träumen“. Livekonzert der besonderen Art mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci“ mit festlicher Klassik und leisen Melodien u. a. von W. A. Mozart, Ludwig van Beethoven, Carl Maria von Weber, Friedemann Bach, Georg Friedrich Händel oder von Manfred Rosenberg zur Adventszeit. *Dahlweid

Sonntag, 05.12.2010, 10.00Uhr:

Frühshoppen „Rathausreport live“. Jugendclub „Offline“ des SC Potsdam, Mami-von Mirbach-Straße 11-13 im Stadtteil Kirchsteigfeld

Dienstag, 07.12.2010, 14.30Uhr:

„Spiel mir eine alte Melodie ...“ Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und

Wünschen. Teil 2: Die frühen Fünfziger. Gerald Meister lässt ganz nach Ihren Wünschen einige der schönsten Schlager mit den Stimmen Ihrer Lieblingsinterpreten erklingen. *Dahlweid

Donnerstag, 09.12.2010,

18:00 bis 20:00Uhr: Medien & Kommunikation. Rattenfänger Medien. Reihe Gebrauchswerte Medien - Darlegungen zu Sarrazins Buch, Stuttgart 21, Hitlerausstellung im Deutschen Historischen Museum und die Überraschungen mit „Das Amt ...“ Mit Prof. Dr. Kurt Pätzold (Historiker, Berlin); Moderation: Dr. Frank Schubert (Medienwissenschaftler, Langerwisch) Geschäftsstelle der RLS Brandenburg, Potsdam, Dortustraße 55

Freitag, 10.12.2010:

Info-Stände in den Stadtteilen – 14.30Uhr Kepler-Platz / Am Stern; 15.00Uhr Rat-

haus Babelsberg; 15.30Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz; 16.00Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II

Sonntag, 11.12.2010:

Info-Stände in den Stadtteilen – 10.00Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost; 10.00Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz / Am Schlaatz; 10.30Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld

Montag, 13.12.2010, 14.30Uhr:

„Wunderwerk Mensch“ Teil 3: „Die Zeit der Reife“ - eine interessante Reise mit Karl Kreutz. Zur Blütezeit unseres Lebens gehören die Pubertät und die ruhigen Jahre des Lebens. Und auch das Altern gehört dazu, weil sich auch hier unser Körper fortwährend erneuert. *Dahlweid

Dienstag, 14.12.2010, 14.30Uhr:

Stunde der Musik: „Volkstümliche und lei-

se Zitherklänge – Weihnachtsmelodien zum Zuhören und Träumen“. In einem literarisch-musikalischen Programm, ganz auf die Vorweihnachtszeit abgestimmt, lässt Frau Dr. Gudrun Zickler alte Volksweisen, bekannte Melodien und beliebte Winter- und Weihnachtslieder auf der Zither erklingen. Literarisch ergänzt wird das Programm mit Weihnachtsgedichten und -geschichten, gelesen von Frau Gisela Scharbert. *Dahlweid

Mittwoch, 15.12.2010, 13.30Uhr:

„18, 20, Buben raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Donnerstag, 16. oder 23.12.2010, 14.30Uhr:

„Frohe Weihnacht“. Weihnachtsfeier für unsere ständigen Besucher mit einem li-

terarisch-musikalischen Programm von und mit Manfred Bischoff, mit Kaffee und Kuchen, einem Gläschen Wein und kleinen Überraschungen, aber vor allem mit Weihnachtsliedern und festlicher Musik zum Mitsingen und Tanzen. Anmeldung: möglichst bis 13.12.2010. *Dahlweid

Dienstag, 21.12.2010, 14.30Uhr:

Der lachende Philosoph - Teil 5: „Architektur und Stadtentwicklung“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit dem Stadtverordneten der LINKEN, Dr. Herbert Schlomm. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost